

DEUTSCHE POLITIK

ZUR AUSSEN- UND INNEN- POLITIK DER BUNDESREPUBLIK ANFANG 1960

Die bundesdeutsche Politik hat in den verfloßenen Monaten eine Wendung genommen, die man nur mit Sorge beobachten kann. Während sich bisher die Starrheit des verantwortlichen Lenkers der bundesrepublikanischen Geschicke vornehmlich gegen Osten richtete, beginnt sie sich seit einiger Zeit auch gegen Großbritannien und neuestens sogar gegen die USA zu wenden. Bundeskanzler Adenauer scheint alles auf die französische Karte zu setzen, und das ausgerechnet zu einer Zeit, da Frankreichs Präsident de Gaulle sich von der NATO abkehrt, Atom- und Weltmachtspolitik auf eigene Faust treibt und mit Unterstützung der Kommunisten eine Annäherung an die Sowjetunion unternimmt.

Bonner Differenzen mit den Westmächten

Obwohl sich noch zu Lebzeiten von Außenminister Dulles — wohl unter dem Eindruck der sowjetischen Überlegenheit auf dem Raketengebiet — eine Schwenkung der amerikanischen Politik hin zu einer Entspannung und Verständigung mit der Sowjetunion abzuzeichnen begann, lebt Adenauer in der Vorstellung, Eisenhower und Herter seien drauf und dran, das Erbe von Dulles zu vertun und maßt sich die Rolle eines politischen Testamentsvollstreckers des Verstorbenen, eines Retters des Westen an.

Die Alliierten denken gewiß nicht daran, Berlin im Stich zu lassen, aber sie möchten den bisherigen, so gut wie vertragslosen Zustand in einen vertraglich umrissenen verwandeln, damit die Sowjetunion oder die DDR nicht immer wieder durch Bedrohung der Verbindungslinien von der Bundesrepublik nach Berlin Pressionspolitik treiben kann. Deshalb sind in Genf vom Westen (Note vom 28. Juli) Kompromißvorschläge vorgelegt worden. Der Bundeskanzler hat nun anlässlich seines Berlin-Besuches am 11. Januar im dortigen Abgeordnetenhaus erklärt, da die Genfer Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien, seien die damals vom Westen gemachten Vorschläge erledigt und man könne jetzt nicht wieder da anfangen, wo man damals aufgehört habe. Jede Veränderung des Berlin-Status könne — und Adenauer glaubt sich dabei auch auf Bürgermeister Brandt beziehen zu können — nur eine Verschlechterung bringen.

Die eigenmächtige Erklärung des deutschen Bundeskanzlers hat in London wie in Washington merkliche Verstimmung hervorgerufen, die in einer offiziellen Feststellung des State Department gipfelt, der Bundeskanzler habe die amerikanische Regierung „in Verlegenheit“ gebracht. Auch mußte Konrad Adenauer sich sa-

gen lassen, sein Einfluß auf die Gestaltung der westlichen Politik sei im Vergleich zu der Zeit vor einem Jahr zurückgegangen bzw.: „Dr. Adenauer ist kein entscheidender Faktor in diesem Streit mehr“ (*Daily Telegraph*). Jedenfalls sieht es so aus, als ob der westdeutsche Regierungschef auf dem besten Wege sei, sein Land isoliert zwischen den östlichen und den westlichen Stuhl zu plazieren. Und während die Bonner Unfreundlichkeiten an die Adresse des Ostens munter weitergehen, bemüht Adenauer sich darum, von Präsident Eisenhower den Termin für eine Unterredung zu bekommen, in der er ihn umzustimmen hofft. Die Verleihung des 17. amerikanischen Doktorhutes durch die Universität von Los Angeles soll dem Kanzler den Vorwand für eine Reise nach USA liefern.

100 Atomraketen und eine Wüste . . .

Der Kreml nutzt die inzwischen notorisch gewordenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Bonn über die Politik von Camp David weidlich dazu aus, die Bundesrepublik der Welt als den eigentlichen Störenfried hinzustellen. Chruschtschow bat das auch in seiner großen Rede vor dem Übersten Sowjet, in der er eine Herabsetzung der Truppenbestände um ein Drittel ankündigte, weidlich getan. Offensichtlich auf die Bundesrepublik gemünzt hat vor dem gleichen Gremium Verteidigungsminister Marschall Malinowski gerühmt, hundert Stück aus dem großen sowjetischen Bestand an interkontinentalen Raketen mit Atomsprengeköpfen würden ausreichen, ein Land von 300 000 bis 500 000 qkm Größe in eine Wüste zu verwandeln.

Trotz dieser kaum verhüllten Drohungen und obwohl Chruschtschow eine neue, „noch nie dagewesene phantastische Waffe“ ankündigte, hat seine Rede fast überall außerhalb der Bundesrepublik ein freundliches Echo gefunden: bei den neutralen Ländern, weil sie von den in der sowjetischen Rüstung jährlich einzusparenden 17 Milliarden Rubel einen erklecklichen Teil als Wirtschaftshilfe zu bekommen hoffen, bei den Westmächten, weil ihnen angesichts des beträchtlichen sowjetischen Raketenvorsprunges nichts anderes übrigbleibt, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Die einzige wirklich effektive Sicherheit des Westens in dieser heiklen militärischen Situation besteht — das wissen alle westlichen Politiker mit Ausnahme Adenauers, seiner Freunde und vielleicht noch des Kreises um den NATO-Generalsekretär Spaak — in einer *klugen und ruhigen Entspannungs- und Koexistenzpolitik*. Für deutsche Wünsche, ob sie sich auf die Oder-Neiße-Linie, auf Berlin oder auf die Wiedervereinigung beziehen, ist dabei wenig Platz. Allzustarkes Insistieren macht die Deutschen mit ihrem Unvermögen, die tatsächlichen Machtverhältnisse richtig einzuschätzen und sich ihnen

anzupassen, auch bei ihren westlichen Verbündeten lästig.

Antisemitismus ohne Juden

Freilich ist dem sowjetischen Regierungschef bei seinen Bemühungen, eine an die Waffenbrüderschaft des zweiten Weltkrieges erinnernde Solidarität gegen die Deutschen zustande zu bringen, aus der Bundesrepublik selbst weidlich Material geliefert worden. Das ebenso leichtfertige wie gemeingefährliche Geschwätz westdeutscher Staatsmänner über den „Todfeind“ im Osten, den gewisse hemdsärmelige Bramarbasse gar auszuradiieren drohten, rächt sich jetzt bitter. Eine ununterbrochene Kette von politischen Skandalen in der Bundesrepublik macht es dem Kreml leicht, aller Welt die Bundesrepublik als Hort der Reaktion, Restauration und Refaschisierung zu denunzieren. Hier hat vor allem die antisemitische Welle, die kurz vor Weihnachten mit der Schändung der Kölner Synagoge durch zwei junge Mitglieder der Deutschen Reichspartei eröffnet wurde, unendlichen Schaden angerichtet. Da die Zahl der antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik inzwischen die 100 weit überschritten hat, fällt es schwer, nicht an eine systematisch organisierte Aktion zu glauben. Aber auch eine unorganisierte Psychose wäre noch traurig genug. Einmal weil es für die antisemitische Aggressivität in der Bundesrepublik mit ihren knapp 30 000 übriggebliebenen Juden kaum Objekte gibt; ganze Landstriche weisen nicht *einen* Juden mehr auf. Zum anderen weil in dieser Psychose ein Riesenmaß an unbewältigter Vergangenheit und ein erschreckender Mangel an historisch-politischer Erziehung der Jugend offenbar wird. Das Studium der in unseren Schulen benutzten Geschichtsbücher zeigt, wie kümmerlich kurz, unscharf, ja oft abschwächend — von wenigen rühmensewerten Ausnahmen abgesehen — die grauenhafte NS-Vergangenheit dargestellt wird. Noch schlimmer dürfte freilich die Scheu vorwiegend der älteren Lehrer sein, dieses Kapitel, an dem sie meist nicht ganz unbeteiligt waren, heute vor ihren Schülern zu behandeln.

Natürlich würde all dies noch nicht zur Erklärung der antisemitischen Ausschreitungen genügen, gäbe es nicht Bünde und Grüppchen, die den alten Ungeist in neuer Gestalt zu erwecken und zu pflegen sich bemühen. Sie mögen vielfältig gespalten, in persönliche Fehden miteinander verstrickt, als Ganzes gesehen vielleicht unbedeutend erscheinen. Das aber schließt — wie die Weimarer Zeit gezeigt hat — nicht aus, daß mit einem Schlage eine ernsthafte Gefahr dasteht. Die antisemitische Welle, die ja keineswegs die erste ist, beweist, wie lange hier solche Anfälligkeiten unter der Decke schwelen können, besonders wenn sie durch gewisse Konventikel genährt werden.

Daß diese Strömungen weiter bestehen und gar noch gefördert werden konnten, ist dem Um-

stände zu danken, daß im Zuge des Kalten Krieges aller Augen wie gebannt ausschließlich auf die kommunistische Gefahr starteten. Üble Goebbels-Propagandisten wurden mit offenen Armen als Ehren-Demokraten aufgenommen, nur weil sie ausgedehnte Antikomintern-Praxis hatten. Vor allem die Amerikaner haben hierbei käftig mitgeholfen. Gewisse Institutionen ihrer Armee in der Bundesrepublik sind heute noch nicht von der opportunistischen Betrachtung und Behandlung der Politik als eines Instrumentes des Kalten Krieges abgekommen. Als im Dezember in der Kantine des Senders Radio Free Europe in München, der nach den Ländern im sowjetischen Einflußbereich ausstrahlt, Gift in Salzstreuern gefunden wurde, beeilte sich der Geheimdienst des amerikanischen Hauptquartiers in Heidelberg zu erklären, es handele sich um einen Attentatsversuch, der von dem tschechoslowakischen Vizekonsul in Salzburg unternommen worden sei. Daß weder die Sowjets noch ihre Verbündeten, die Tschechen, in diesem Augenblick, in dem die völlige Einstellung des Senders Free Europe ohnehin nur noch eine Frage der Zeit ist, ein Interesse an einem Attentat haben konnten, sondern allenfalls die von den bereits ausgesprochenen oder zu erwartenden Entlassungen bedrohten Angestellten des Senders und andere Interessenten, das focht die voreiligen Sprecher wenig an. Inzwischen freilich ist es um diese höchst verdächtige Störaktion sehr ruhig geworden. Soweit die deutschen Behörden eingeschaltet worden sind, hat die Münchener Staatsanwaltschaft das Verfahren Mitte Januar eingestellt.

Leider sind solche Diversionsmanöver nicht nur Sache von fremden Geheimdiensten geblieben. Die Art und Weise, wie sich Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, Landes- und Bundesminister und sogar der Bundeskanzler an ihnen beteiligt haben, wird einer der trübsten Abschnitte in diesem die Welt heute wieder in Bestürzung versetzenden Kapitel des wiedererwachten Antisemitismus sein. Die Bundesregierung hat kürzlich in ihrem „Bulletin“ behauptet, es lägen Anzeichen dafür vor, daß die antisemitischen Frevel Teile einer geplanten Aktion seien, die die Bundesrepublik in den Augen der Weltöffentlichkeit diffamieren solle; sie hat diese Version sogar durch ihre Missionen im Ausland verbreiten lassen. Ziemlich offen wurde gesprächsweise hinzugefügt, die Bundesregierung sei überzeugt, daß die Hintergründe der Kölner Synagogenschändung im kommunistischen Bereich zu suchen seien; man rechne damit, daß der Düsseldorfer Innenminister Dufhues noch im Laufe der zweiten Januarhälfte Beweise für die kommunistische Urheberchaft vorlegen werde.

Der skandalöse Fall Klier

Dabei hat man so sehr auf die Vergeßlichkeit der Menschen spekuliert, daß man ein Manöver

zu wiederholen sich nicht scheute, das man bereits vor Jahresfrist unternommen hatte und das kläglich gescheitert war. Bereits damals hatte es eine Welle antisemitischer Ausschreitungen gegeben. Damals erklärte der Bundeskanzler dem britischen Fernsehsender BBC in einem Interview, die Zwischenfälle gingen, wenigstens zu einem Teil, auf das Konto kommunistischer Provokateure. Der nordrheinwestfälische Innenminister Dufhues bezeichnete im Landtag die Hakenkreuzschmierereien an den Düsseldorfer Synagogen als eine Aktion der illegalen KPD, und ähnliches wurde für die Sudeleien in Detmold, Amberg und an anderen Orten behauptet. Ja, man hatte einen jungen Malergehilfen namens Klier, der früher Mitglied der kommunistischen FDJ gewesen war, unter der Beschuldigung der Täterschaft verhaftet und obwohl er nachweisen konnte, daß er die fragliche Nacht zu Hause in seinem Bett verbracht hatte, hatte die Staatsanwaltschaft keine Bedenken, ihn öffentlich als den Täter zu bezeichnen und monatelang in Haft zu halten. Das lauthals angekündigte Verfahren wegen Synagogenschändung wurde erst zehn Monate später sang- und klanglos eingestellt.

Der Fall Klier ist ein ausgesprochener Skandal, nicht nur weil er eines Rechtsstaates unwürdig ist, sondern auch weil durch das Festhalten an einer ganz unwahrscheinlichen Täterthese die Spuren der wahren Täter verwischt worden sind. Sicher wird niemand dem Bundeskanzler oder dem nordrheinwestfälischen Innenminister vorwerfen wollen, sie hätten durch ihre Hinweise auf die Kommunisten die wahren Täter der Entdeckung und Bestrafung entziehen wollen. Den Vorwurf aber, die Täter durch Leichtfertigkeit *objektiv* begünstigt zu haben, werden sie sich gefallen lassen müssen. Und ob gewollt oder nicht, sie haben mit ihrem Verhalten der Deutschen Reichspartei jetzt wieder das Stichwort geliefert, die Schuld nach links abzuwälzen, indem diese erklärte, Strunk und Schönen, die Attentäter von Köln, seien, obwohl DRP-Mitglieder, von der SED gedungene Agenten.

Darüber hinaus aber liegt in einem Land wie Nordrhein-Westfalen, in dem ehemalige hohe SS-Ränge wieder wichtige Positionen im Polizei- und sonstigen Sicherheitsdienst einnehmen, der Verdacht sehr nahe, daß in dem Düsseldorfer Fall mehr als nur Irrtümer und Fehlgriffe vorlagen. Wenn es also den verantwortlichen Politikern um eine Klärung der tatsächlichen Zusammenhänge geht, dann sollten sie einmal gründlich diejenigen überprüfen und zur Rechenschaft ziehen, die ihnen seinerzeit die falsche Täterthese suggeriert haben.

„Gemeinsame Grundrichtung“ mit Faschisten

Ob man das an zuständiger Stelle will, das freilich erscheint zweifelhaft, zumal, obwohl man

neuerdings amtlich etwas von der unseriösen Kommunistentheorie abgerückt ist, immer noch hochstehende Persönlichkeiten, wie Verteidigungsminister Strauß, in Interviews, besonders mit ausländischen Blättern, dabei bleiben. Das bequeme Rezept, alles Handeln einzig und allein unter den kategorischen Imperativ des antibolschewistischen Opportunismus zu stellen, ist ebenso einfach wie unheilvoll, führt es doch am Ende zu jeder Leugnung von Demokratie und Menschenrechten. Die „gemeinsame Grundrichtung des Kampfes gegen den Bolschewismus“, wie es z. B. beim Bonner Besuch des spanischen Außenministers Castiello hieß, fördert die peinlichsten *Verbrüderungen mit Repräsentanten der Gewalt und der Menschenrechtsknebelung*, wobei man manchmal den Eindruck hat, daß einige unserer offiziellen Spanien-, Portugal- und Türkei-Schwärmer den Antibolschewismus nur als billigen Wandschirm benutzen, hinter dem sie um so ungehemmter ihren Sympathien für die in den genannten Ländern praktizierten Methoden der Arbeiterunterdrückung und -ausbeutung, der Knebelung der Presse- und Meinungsfreiheit und ihrer Antipathie gegen die Volkssouveränität frönen können. Es verwundert den Eingeweihten nicht, daß auch das Komitee „*Rettet die Freiheit e. V.*“ vom Kern der antisemitischen Ausschreitungen mit dem Satz abzulenken versucht, die gerechte Empörung dürfe nicht dazu führen, den Blick vor der Bedrohung der Freiheit durch die „imperialistische Politik der Sowjetregierung“ zu verschließen; Moskau benutze diese Vorfälle dazu, das deutsche Volk kollektiv zu diffamieren. Mit anderen Worten: die antisemitischen Ausschreitungen sind also in Wirklichkeit ein bolschewistischer Rummel, und den Freiheits-Vereinsmeiereien ist offenbar jeder recht, wenn er nur ein tapferer Bolschewikenfresser ist.

Prügel oder Globke und Oberländer?

Wenn der Bundeskanzler in seiner jüngsten Rundfunkansprache meinte, die jüdischen Mitbürger könnten völlig unbesorgt sein, da dieser Staat mit seiner ganzen Macht hinter ihnen stehe, so muß man leider sagen: Die „ganze Macht des Staates“ hat die wenigen jüdischen Mitbürger, die das Grauen des Nationalsozialismus überstanden haben, in den letzten Wochen nicht vor neuen Bedrohungen und Ängsten bewahren können, und sie wird es auch in Zukunft nicht können, wenn nicht dahinter ein neuer, konsequenter Geist unserer Politiker steht. Man hätte, ehrlich gesagt, statt dieser recht unverbindlichen Bürgschaft lieber die Zusage des Bundeskanzlers gehört, er werde sich von seinem nächsten Mitarbeiter *Globke*, dem Verfasser eines Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, trennen. Nicht, daß man Herrn Globke in irgendeiner Form für diese Flegeleien verantwortlich machen könnte. Aber es geht darum, den Willen zur

Konsequenz zu demonstrieren. Kann ein dermaßen belasteter Mann keine andere dienstliche Verwendung und wirtschaftliche Existenz finden denn als rechte Hand des Regierungschefs unseres Staates? Und es ist, so traurig das klingen mag, schon gar nicht mehr so interessant, ob Herr *Oberländer* mit seinen „Nachtigallen“ an Polenmassakern in Lemberg beteiligt war oder nicht. Wesentlich ist, daß ein Mann, der alter Nationalsozialist war und großdeutsche Ostpolitik betrieben hat, heute zwar tausenderlei verschiedene Möglichkeiten einer guten wirtschaftlichen Existenz nutzen möge, aber nicht ausgerechnet die eines Mitgliedes der Bundesregierung. Schon die Tatsache, daß Herr *Überländer* eine Kommission von irgendwelchen privaten ausländischen Wiedergutmachungsinteressenten mit einer Untersuchung seiner Vergangenheit betraut, statt von sich aus einen Untersuchungsausschuß des Bundestages oder mindestens eine ordnungsmäßige Disziplinaruntersuchung zu verlangen, sollte genügen, ihm den Stuhl vor die Kabinettstür zu setzen.

Schlimmer als die Schmierereien . . .

Eine Regierung, deren Chef keine Bedenken hat, zwei oder drei mehr oder weniger aktive ehemalige Nationalsozialisten in ihren Reihen zu haben, wird immer Mißdeutungen ausgesetzt sein. Denn wenn ehemalige Nationalsozialisten gar Bundesminister werden können, wie kann man verhindern, daß die ganze Verwaltung, Rechtsprechung und Erziehungswesen mit einem Netz von ehemaligen Pgs, darunter einer Schar von solchen, die nicht bekehrt sind, überzogen wird? Der Hamburger Bürgermeister *Max Brauer* hat erklärt, noch schlimmer als die antisemitischen Schmierereien erscheine ihm, wenn, wie in Schleswig-Holstein, hohe Richter einen lange gesuchten Verbrecher wie den Euthanasie-Professor *Heyde* durch ihr Schweigen deckten. Das ist im Grunde auch die Antwort auf die Forderung nach Verschärfung der Strafen oder gar nach einem neuen Gesetz gegen Volksverhetzung. Was nützt das? Mit den Feinden von Demokratie und Menschenrechten kann man auch mit den geltenden Gesetzen fertig werden, wenn nur alle Angehörigen der Exekutive und der Rechtsprechung es wirklich wollen.

In diesem Punkt aber hapert es in manchen Ämtern der Bundesrepublik. Es ist erst einige Monate her, daß der rechtsradikale Bund Nationaler Studenten (BNS), der jetzt wegen Beteiligung an antisemitischen Ausschreitungen an den Hochschulen West-Berlins verboten worden ist, in Heidelberg die Verurteilung des Redakteurs einer Studentenzeitschrift erreichte, der sich mit dem Treiben des BNS beschäftigt und es entsprechend gegeißelt hatte. Die Zweckmäßigkeit eines *Verbotes der DRP*, für das der

Staatssekretär im Innenministerium, Ritter von Lex, einen Antrag angekündigt hat, ist sehr anzuzweifeln. Denn einmal ist es grundsätzlich überhaupt fraglich, ob Parteienverbote zweckmäßig sind oder ob sie nicht vielmehr die Überwachung schwieriger machen als bisher. Zum anderen fragt es sich, ob wirklich genügend Material gegen die DRP vorliegt, um zu verhindern, daß sie aus einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht siegreich hervorgeht. Und schließlich erscheint uns die Lokalisierung des Problems des Antisemitismus und des Neozarismus auf die DRP zu bequem und oberflächlich. Die Gefahr sitzt viel tiefer.

Als vor zwei Jahren Bundesminister Schäffer Phantasiezahlen von 26 oder 28 Milliarden DM für die staatliche Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus errechnete und dagegen in seinen Wahlkreisversammlungen wettete, tauchte bald darauf in den WCs der Bundesbahnzüge eine wiedergutmachungsfeindliche, antisemitische Klebezettel-Propaganda auf. Dem Minister soll nicht Antisemitismus unterstellt werden, aber er wird auch nicht überzeugend glaubhaft machen können, er habe nicht gewußt, welche Wirkungen seine Ausführungen, ausgerechnet in seinem Passauer Wahlkreis, haben würden.

Ähnliches muß man zu den Rundschreiben des Bingerer CDU-Bundestagsabgeordneten *Jakob Diel* gegen die Wiedergutmachung und zu dem Verhalten der Regierung von Rheinland-Pfalz sagen. Gegen den Verfasser dieses Artikels schwebt heute noch ein politisches Beleidigungsverfahren, weil er der Regierung *Altmeter* vor Jahresfrist an anderer Stelle vorgeworfen hat, die Art und Weise, wie sie die Wiedergutmachung handhabe, stemple die Opfer des Nationalsozialismus zu Prügelknaben für vorhandene Etatschwierigkeiten und fördere einen latent vorhandenen Antisemitismus und Antidemokratismus. Wer jedoch so heftigen Widerstand gegen das Wiedergutmachungsgesetz des Bundes und seine Durchführung geleistet hat wie diese Landesregierung, die in einer Haushaltsdebatte öffentlich erklärte, das Etatdefizit entspreche fast genau den Zahlungen, die das Land für die Wiedergutmachung habe leisten müssen, der muß sich schon sagen lassen, er spekuliere auf in der Bevölkerung noch latent vorhandene Anfälligkeiten. Er darf sich dann auch nicht wundern, wenn auf einem so vorbereiteten Boden die Deutsche Reichspartei, die Fünf-Prozent-Hürde überspringend (bei örtlichen Ergebnissen bis zu 17 Prozent!), in den Landtag einzieht.

Zarismus und Nationalsozialismus suchten allen Volkszorn für ihr eigenes Versagen auf die Juden zu lenken, und Stalin war in seinen letzten Lebensjahren drauf und dran, dieses schändliche Rezept zu übernehmen. Um so mehr müssen wir uns dagegen wehren, daß jetzt bei

uns die wiedergutmachungsberechtigten NS-Opfer zu Prügelknaben für finanzielle Schwierigkeiten gemacht werden, die sich in Wirklichkeit aus den Rüstungsausgaben und — last not least — aus den beträchtlichen 131er-Zahlungen ergeben. „Während Friedhofs- und Synagogenschändungen, Beileids- und Abscheubezeugungen von Bundespräsident, Bundeskanzler, Bürgermeistern und Parteiführern sich am laufenden Band untereinander ablösen, sinkt die Statistik der erledigten Fälle des Bundesentschädigungsgesetzes in der Zentralstelle Düsseldorf im gleichen Maße wie das Thermometer im Winter . . . Während die Pensionen und Gehälter ehemalige Nazi Größen zunehmen, wachsen auch die Prozesse, die die Unglücklichen der Nazizeit gegen den Staat anstrengen müssen, um dem Buchstaben des Gesetzes zur Entschädigung endlich Gültigkeit zu verschaffen“. So schrieb kürzlich das gutbürgerliche *Berner Tagblatt*, dem man eher Vorliebe für, als Abneigung gegen das derzeitige Bonner Regime nachsagen kann.

*Strenge Untersuchung oder . . .
„hoffen, daß er abtritt“*

So einfach, wie es sich der Bundeskanzler in seiner Rundfunkrede machte, indem er die antisemitischen Ausschreitungen (mit Ausnahme der Kölner) „in den allermeisten Fällen Flegeleien ohne politische Grundlage“ nannte, ist die Sache keineswegs und die Tracht Prügel, die Konrad Adenauer dafür empfahl ist zwar populäritätshaschend, aber weder praktikabel noch entspricht sie dem Ernst der Situation. Antisemitismus ist immer auch Antidemokratismus, hat kein Geringeres als Dr. Adenauers Parteifreund, der angesehene Frankfurter Professor *Franz Böhm*, kürzlich erklärt. Auch kann man

sich angesichts solcher häßlichen Kollektivdiffamierungen, wie sie die antisemitischen Ausschreitungen bei uns darstellen, nicht allzu überzeugend gegen die im Ausland jetzt wieder zu hörenden Kollektivverurteilungen des deutschen Volkes zur Wehr setzen, zumal die jüngste Vergangenheit eindrucksvollere Argumente für die Untermauerung des Kollektivurteils über „die bösen Deutschen“ als für die Richtigkeit der Behauptung von den „bösen Juden“ geliefert hat.

Die jüngsten Vorfälle sollten jedenfalls als Alarmzeichen aufgefaßt werden dafür, daß etwas Entscheidendes zu geschehen hat: keine Hexenjagd auf kleine harmlose NS-Mitläufer von vor 1945, aber eine ernsthafte Überprüfung und Säuberung der höheren Bereiche von Verwaltung, Sicherheitswesen und Rechtsprechung, die Schaffung eines demokratisch-humanistischen Erziehungswesens einschließlich einer Reinigung der Lehrerschaft, die Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse zum Studium nicht nur der Vorfälle, sondern ihrer tieferen Ursachen. Ja, ich glaube, man würde den sowjetischen Verdächtigungen und Angriffen gegen die Bundesrepublik am leichtesten die Spitze abbrechen wenn man deutscherseits den kommunistischen Vorschlag, eine UN-Kommission möge die Vorfälle untersuchen, unter Hintanstellung aller Prestigebedenken frank und frei annehmen würde. Der Bundeskanzler würde auf diese Weise auch diejenigen *westlichen* Stimmen entkräften, die, wie z. B. die Zeitschrift der anglikanischen Kirchen Englands, *Church Times*, meinen: „Wenn Adenauer nicht mehr die geistige und körperliche Energie hat mit dem Krebschaden einer Wiederbelebung des Nazismus fertig zu werden, so müssen alle Freunde Deutschlands und des Friedens hoffen, daß er abtritt“.

Dr. Hans Henrich